Aus dem Ortsgemeinderat

Am 27.11.2008 fand in Jünkerath, im Sitzungssaal des Feuerwehrhauses, unter Vorsitz von Ortsbürgermeister Rainer Helfen und im Beisein von Bürgermeister Werner Arenz eine öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Jünkerath statt.

Aus der öffentlichen Sitzung:

Änderung Forstwirtschaftsplan 2008 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Vertreter der Forstverwaltung erläuterten dem Rat die notwendigen Änderungen des Forstwirtschaftsplanes 2008.

Die Einnahmen erhöhen sich um 6.148,73 € von bisher 24.119,00 € auf nunmehr 30.267,73 € und die Ausgaben erhöhen sich von bisher 28.498,00 € um 1.758,45 € auf nunmehr 30.256,45 €. Insgesamt wird somit ein Überschuss in Höhe von 11,28 € erwartet, also 4.390,28 € mehr als bisher geplant (- 4.379,00 €).

Beschluss:

Nach Beratung stimmt der Ortsgemeinderat den Änderungen des Forstwirtschaftsplanes 2008 in der vorgelegten Fassung zu. Der Haushaltsplan 2008 in der vorliegenden Fassung des 1. Nachtrages weist ein Minus in Höhe von 730 € aus.

Forstwirtschaftsplan 2009 - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Seitens der Forstverwaltung wurde der Entwurf des Forstwirtschaftsplanes für das Jahr 2009 vorgestellt und im Detail erläutert.

Danach sind Einnahmen geplant in Höhe von 30.098 € und Ausgaben in Höhe von 33.730 €, sodass der Plan einen Fehlbetrag in Höhe von 3.632 € ausweist.

Beschluss:

Nach ausführlicher Beratung beschließt der Ortsgemeinderat den Forstwirtschaftsplan für das Jahr 2009 in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Spenden zu Gunsten der Ortsgemeinde - Genehmigung nach § 94 Abs. 3 Satz 5 Gemeindeordnung

Sachverhalt:

Mit dem Landesgesetz zur Änderung kommunal- und dienstrechtlicher Vorschriften vom 21.12.2007 hat der Landesgesetzgeber die Annahme und Einwerbung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen im § 94 Absatz 3 der Gemeindeordnung (GemO) geregelt.

Nach § 94 Absatz 3 Satz 5 GemO obliegt dem Rat die Entscheidung über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen.

Dabei ist nach den Handlungsempfehlungen des Ministeriums des Innern und für Sport vom 18.06.2008 zur Wahrung des Transparenzgebotes eine Behandlung der Angelegenheit in öffentlicher Sitzung vorzunehmen, wobei in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt werden kann, wenn der Geber aus berechtigtem Interesse um vertrauliche Behandlung seines Namens gebeten hat.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Annahme der in der den Ratsmitgliedern vorliegenden Aufstellung aufgeführten Spenden.

Haushaltssatzung und -plan für das Haushaltsjahr 2008 - I. Nachtrag - Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Der Ortsgemeinderat nahm Kenntnis vom Entwurf der I. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 nebst Plan.

Erfreulicherweise kann mit dem vorliegenden I. Nachtragshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2008 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden.

Danach erhöhen sich im Verwaltungshaushalt die Einnahmen von bisher 1.682.070 € um 672.780 € auf 2.354.850 €. Die Ausgaben steigen ebenfalls und zwar um 640.940 € von bisher 1.713.910 € auf 2.354.850 €.

Ursache für die Haushaltsverbesserung sind erhebliche Gewerbesteuermehrereinnahmen.

Im Vermögenshaushalt summieren sich die Einnahmen und Ausgaben gleichlautend auf 1.126.580 € von bisher 1.034.800 €.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes ist eine Kreditaufnahme nicht mehr erforderlich. Vielmehr weist der Vermögenshaushalt noch einen Überschuss von 284.530 € aus, welcher der allgemeinen Rücklage zugeführt wird.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat die I. Nachtragshaushaltssatzung 2008 nebst Plan in der Fassung des vorgelegten Entwurfs.

Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Ortsgemeinde Jünkerath, Satzungsbeschluss

Sachverhalt:

In der Sitzung des Ortsgemeinderates vom 21.08.2008 wurde der Entwurf der Satzung über die Aufhebung der Wirtschaftswege in der Ortsgemeinde Jünkerath gemäß § 24 GemO als Satzung beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Satzungsverfahren durchzuführen.

Die Satzung über die Aufhebung von Wirtschaftswege wurde gemäß § 58 Abs. 4 FlurbG an die Kreisverwaltung Vulkaneifel zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung übersandt. Über die seitens der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorgebrachten Bedenken hat der Ortsgemeinderat zu beraten und abwägend zu entscheiden.

Beschluss:

Über die von der Kreisverwaltung Vulkaneifel vorgebrachten Bedenken wurde im Ortsgemeinderat beraten und abwägend entschieden. Die Bedenken sind gemeinsam mit der Abwägungsentscheidung des Ortsgemeinderates in einer Gegenüberstellung aufgeführt, die als Anlage Bestandteil des Beschlusses ist.

Unter Berücksichtigung der Bedenken und unter Berücksichtigung der Abwägungsentscheidung beschließt der Ortsgemeinderat, den vorliegenden überarbeiteten Entwurf über die Aufhebung von Wirtschaftswegen in der Ortsgemeinde Jünkerath gemäß § 24 GemO als Satzung.

Information über eine Eilentscheidung gem. § 48 GemO

Sachverhalt:

Für die Anfertigung der Grabeinfassungen war es erforderlich, die Grabeinfassungsplatten so zeitig zu bestellen, dass die Arbeiten noch vor Allerheiligen erfolgen können. Um den Auftrag vergeben zu können, musste eine Eilentscheidung getroffen werden.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat wurde über die Eilentscheidung vom 16.09.2008 betreffend der Beauftragung der Fa. SHS Naturstein GmbH, Mayen, zur Lieferung von Grabeinfassungsplatten unterrichtet.

1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Jünkerath

Sachverhalt:

In der Ortsgemeinderatssitzung vom 05.08.2008 hat der Ortsgemeinderat die Verwaltung beauftragt, eine Kalkulation für die Wiesengräber durchzuführen.

Aufgrund der Größe der Wiesengräber von 80 x 80 cm hat die Kalkulation für das Nutzungsrecht an dieser Grabstätte eine Gebühr in Höhe von **350,00 €** ergeben.

Für die namentliche Zeichnung der Grabstätte wurden Angebote für verschiedene Ausführungen eingeholt:

Die Verwaltung schlägt dem Ortsgemeinderat vor, sich für das Hinweisschild der Fa. euroline zum Preis von **72,45 €** zu entscheiden. Ausschlaggebend hierfür ist die wesentlich stabilere und dauerhaftere Ausführung.

Hinzu kommt noch ein Pauschalbetrag von **50,00 €** für das Anbringen der Hinweisschilder. Die Gesamtkosten für ein Wiesengrab belaufen sich somit auf **472,45 €**

Auf der Grundlage dieser Vorgaben wurde die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Ortsgemeinde Jünkerath erarbeitet, die den Ratsmitgliedern im Entwurf vorliegt.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung beschließt der Ortsgemeinderat, sich bei der namentlichen Zeichnung der Wiesengräber für das Angebot der Fa. euroline, L-Roodt/Syre in Höhe von 72,45 € zu entscheiden.

Die Gebühr für ein Wiesengrab wird somit festgelegt auf insgesamt **470,00 €**

Bis die Gebühr in der Haushaltssatzung neu festgesetzt wird, beauftragt die Ortsgemeinde die Verwaltung, für den Fall einer Bestattung, mit den Angehörigen eine Vereinbarung über die Höhe der entsprechenden Gebühr abzuschließen.

Ferner beschließt der Ortsgemeinderat nach eingehender Beratung die 1. Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung in der Fassung des vorgelegten Entwurfes, der Bestandteil dieses Beschlusses ist, mit folgender Änderung:

Artikel II letzter Absatz, Satz 2 wird wie folgt neu gefasst:

„Die namentliche Zeichnung der Grabstätte erfolgt in Form eines einheitlichen Hinweisschildes mit Erdspieß aus Aluminium in der Größe 15 x 10 cm durch die Gemeinde.“

Gedächtniswald Jünkerath - Grundsatzbeschluss

Sachverhalt:

Der Vorsitzende stellte das Vorhaben „Gedächtniswald Jünkerath“ auf den gemeindeeigenen Grundstücken „Im Eulenseifen“, Flur 12, Parzelle Nr. 17 und „In Keffenbachsberg“ Flur 13, Parzelle Nr. 22, Teilfläche, dem Ortsgemeinderat vor. Die Parzelle Nr. 17 ist bereits im Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Obere Kyll für diese Art der Bestattungsform ausgewiesen. Die Teilfläche der Parzelle Nr. 22 wird zum späteren Zeitpunkt in einer Änderung des Flächennutzungsplan ausgewiesen.

Der Vorsitzende unterrichtete den Rat weiterhin über den Antrag des Vorhabenträgers, eine Planungsvereinbarung abzuschließen. Mit diesem Vertrag sollte den Vorhabenträgern die Exklusivität als Betreiber bis zum Vertragsabschluss mit der Ortsgemeinde sichergestellt werden. Außerdem erhalten die Vorhabenträger ein Waldbetretungsrecht und die Erlaubnis, notwendige Forstarbeiten zur Geeignetheit der Maßnahme durchzuführen. Gleichzeitig verpflichtet sich die Ortsgemeinde, selbst keine forstlichen Maßnahmen ohne Zustimmung des Vorhabenträgers auszuführen.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung stimmt der Ortsgemeinderat der Anlegung und dem Betrieb eines Gedächtniswald in der vorgestellten Form zu.

Der Ortsbürgermeister und die Verwaltung werden beauftragt, alle Leistungen für die Durchführbarkeit der Maßnahme (Erstellung eines Vertragsentwurfes über die Nutzung/Verpachtung/Betrieb/Entschädigung pp. , Änderung der Friedhofssatzung, Genehmigung nach dem Bestattungsgesetz pp.) in die Wege zu leiten und Rat und Ausschuss zeitnah zu unterrichten.

Außerdem wird der Ortsbürgermeister beauftragt, mit den Vorhabenträgern eine Planungsvereinbarung in der vorgetragenen Form abzuschließen

Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Obere Kyll - Zustimmung der Ortsgemeinde gem. § 67 Abs. 2 GemO

Sachverhalt:

Die Verbandsgemeinde Obere Kyll hat am 09.12.2004 die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Verbandsgemeinde Obere Kyll beschlossen. Die Vorentwürfe des Flächennutzungsplanes wurden nach der Erstellung durch das Planungsbüro Lenz & Partner sodann im Zeitraum Oktober 2005 bis März 2006 sehr ausführlich in allen Ortsgemeinden beraten und erörtert.

Soweit möglich hat der Verbandsgemeinderat die Interessen der Ortsgemeinde bei der Entwurfsberatung umgesetzt. Nach der Verabschiedung des Entwurfes im Verbandsgemeinderat im September 2006 erfolgte die Offenlage und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange. Im Rahmen dieser Offenlage hat sich ergeben, dass ein Zielabweichungsverfahren erforderlich wurde, welches das Projekt „Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes“ rd. ein Jahr verzögert hat. Nachdem das Zielabweichungsverfahren positiv abgeschlossen werden konnte, wurde über die vorgetragenen Stellungnahmen im VGR am 24.01.2008 beraten und entschieden. Durch gesetzliche und erfolgte planerische Änderungen in der Zwischenzeit wurde eine erneute Offenlage im Sommer diesen Jahres notwendig. Der Verbandsgemeinderat hat nun in der Sitzung am 11.09.2008 über die vorgetragenen Stellungnahmen im erneuten Beteiligungsverfahren beraten. Nachdem nur noch kleinere redaktionelle Änderungen notwendig waren, steht nun der abschließende Beschluss über den Flächennutzungsplan an.

Gem. § 203 Abs. 2 BauGB i. V. m. § 67 Abs. 2 GemO sind die Ortsgemeinden vor dem abschließenden Beschluss über den Flächennutzungsplan zu beteiligen und deren Zustimmung einzuholen.

Der Vorsitzende und die Verwaltung erläuterten im Ortsgemeinderat ausführlich die Festlegungen

des Flächennutzungsplanentwurfes, vor allem die Situation für die Ortsgemeinde.

Beschluss:

Nach eingehender Beratung stimmt der Ortsgemeinderat gem. § 67 Abs. 2 GemO dem Entwurf des Flächennutzungsplanes gem. Beschluss des Verbandsgemeinderates vom 11.09.2008 zu.

Widmung des Verbindungsweges "Amselweg / Am Finkenhain"

Sachverhalt:

Der Bau- und Wegeausschuss hat sich in seiner Sitzung vom 06.10.2008 intensiv mit der Thematik Widmung des Verbindungsweges zwischen den Gemeindestraßen „Amselweg“ (Wendehammer) und „Am Finkenhain“ (Wendehammer) befasst und sich die Verhältnisse vor Ort angesehen. Der Bau- und Wegeausschuss ist in der Sitzung vom 06.10.2008 einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, dass der Verbindungsweg zwischen den Gemeindestraßen „Amselweg“ (Wendehammer) und „Am Finkenhain“ (Wendehammer) als Gemeindestraße gewidmet werden soll.

Beschluss:

Der Ortsgemeinderat beschließt, den Verbindungsweg zwischen den Gemeindestraßen „Amselweg“ (Wendehammer) und „Am Finkenhain“ (Wendehammer) nach § 36 LStrG als Gemeindestraße im Sinne des § 3 Satz 1, Ziffer 3 a LStrG für den öffentlichen Verkehr zu widmen und zwar entsprechend der vorliegenden Widmungsverfügung, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.

Dieser Beschluss ergeht im Benehmen mit der Verbandsgemeindeverwaltung Obere Kyll als zuständige Straßenbaubehörde.

Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Bekanntmachung zu veranlassen.